

*Es gilt das
gesprochene Wort*

Rede von Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber beim Export-Club Bayern e. V. am 22. Juni 2010 zum Thema:

„Freiheit oder Sicherheit – Bürokratieabbau in Europa“

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Kerkloh,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt, beim Export-Club Bayern e. V. über den Bürokratieabbau in Europa zu berichten. Mit seinen Veranstaltungen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bietet der Export-Club Bayern e. V. seit über 60 Jahren eine wichtige Plattform zum Wissenstransfer, zur Kontaktpflege und zu einem vielfältigen Meinungsaustausch.

Bevor ich über das Thema des heutigen Abends spreche „Freiheit oder Sicherheit - Bürokratieabbau in Europa“, möchte ich in der gebotenen Kürze auch auf das Thema Nummer Eins eingehen, die Krise des Euro und die Sorge der Menschen um ihr Geld. Das ist auch ein Thema das die Exportwirtschaft derzeit massiv bewegt. Denn die Beseitigung der Wechselkurspekulationen durch eine gemeinsame europäische Währung, die den Unternehmen

Planungssicherheit gibt und Transaktionskosten verringert, war seinerzeit ein wichtiges Argument für den Euro. Die Exportwirtschaft hat also ein enormes Eigeninteresse, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Stabilität des Euro nicht dauerhaft beschädigt wird.

Für die Lösung der gegenwärtigen Euro-Krise muss man erst einmal das Problem kennen. Der Kern des Problems ist: Die Staaten in der Europäischen Union sind in unglaublicher und unverantwortlicher Weise überschuldet. Viele Anleger haben das Vertrauen verloren, dass die Staaten diese Verschuldung in den Griff bekommen. Und beides zusammen gefährdet die Stabilität des Euro.

Wenn aber der Euro scheitert, dann scheitert noch viel mehr. Dann würde die Europäische Union keine Rolle in der Weltpolitik mehr spielen, jedes Land würde seine Interessen verfolgen. Aber wir spüren doch schon jetzt: Wenn wir unsere europäischen Wertvorstellungen, unsere Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft, aber auch unsere Maßstäbe beim Klimaschutz weltweit einigermaßen zur Geltung bringen wollen, dann geht das heute nur noch über ein gemeinsames

Europa. Bei allem Respekt vor einem stolzen Frankreich, einem großen Deutschland oder einem königlichen England: Wenn es hart auf hart geht, können diese Länder gegenüber großen Weltmächten wie China oder künftig auch Indien doch nichts durchsetzen.

- Anrede -

Die Politik hatte den Deutschen versprochen: Der Euro wird so hart wie die D-Mark. Ich wurde damals in ganz Europa als Nervensäge bezeichnet, weil ich am heftigsten auf harten Stabilitätskriterien bestanden habe. Leider konnte ich aber den Geburtsfehler des Euro nicht verhindern, obwohl ich genau davor gewarnt habe: Es fehlt ein Automatismus zur Bestrafung der Defizit-Sünder. Wie läuft das denn ab? Wenn ein Land den Pakt bricht, dann gibt es nicht automatisch eine Strafe, sondern dann setzen sich alle Finanzminister zusammen und überlegen, was jetzt zu tun ist. Im Klartext: Es richten Sünder über Sünder. Dieser Geburtsfehler des Euro muss jetzt korrigiert werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat den Praxistest nicht bestanden. Ich fordere: Europa braucht einen neuen Euro-Vertrag. Wer gegen den Stabilitätspakt verstößt, muss auto-

matisch bestraft werden. Künftig muss es drei schnelle und schmerzhaft Sanktionen geben: Geldbuße, Kürzung von EU-Zahlungen und Aussetzung des Stimmrechts des Sünder-Landes. Und: Wenn ein Staat sich auf Dauer weigert, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, dann ist die letzte Möglichkeit der Ausschluss aus der Euro-Zone!

Das setzt allerdings eine eigene glaubwürdige Haushaltspolitik voraus. EZB-Präsident Trichet hat in diesen Tagen zu Recht darauf hingewiesen, dass Deutschland 2002, 2003, 2004 und 2005 den Stabilitätspakt selbst gebrochen hat. Statt zu sparen, hat die rot-grüne Bundesregierung 2005 gemeinsam mit Frankreich den Stabilitätspakt aufgeweicht. Das macht es natürlich heute für Angela Merkel nicht leichter, von anderen Euro-Ländern harte Strafen zu verlangen.

Es ist ja nicht so, dass die Probleme vom Himmel gefallen sind. Wir brauchen auch eine ehrlische Bestandsaufnahme in der Europäischen Union. Ich habe es doch selbst erlebt. Meine Regierung hat schon 2004 Sanktionen der EU gegen Griechenland gefordert. Schon damals sind Trickserien der Griechen aufgekommen. Wenn man sich das heute anschaut, kann man es fast nicht glauben.

Aber: Die deutsche und die europäische Politik wollte davon nichts hören. Schon wieder diese Nervensäge aus Bayern. Diese Härte. Das passt doch nicht zur europäischen Diplomatie. Ich sage: Mit diesem höflichen Wegschauen muss künftig Schluss sein! Man muss die Dinge auch in der EU klar und deutlich beim Namen nennen!

Ich möchte noch einmal festhalten: Der Euro braucht einen neuen, glasklaren Vertrag. Die Spekulanten müssen in die Schranken gewiesen werden. Und die europäische Politik darf nicht länger um die Probleme herum reden. Das ist alles zwingend notwendig. Aber es wird allein nicht helfen, wenn die Staaten nicht endlich ihre Mentalität ändern: Der Staat muss mit dem auskommen, was er einnimmt.

Entscheidend ist: Es muss eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung in allen Eurostaaten geben. Hier muss Deutschland aktiv vorangehen. Wir sind leider mit deutlich über 70 Prozent Verschuldung gemessen am BIP und 80 Milliarden neuen Schulden im Bundeshaushalt allein in diesem Jahr auch nur ein Einäugiger unter Blinden. Die Spar- und Konsolidierungspolitik ist aus zwei Gründen notwendig: Erstens wegen der Generationenge-

Rechtigkeit. Es ist unmoralisch, der jüngeren Generation solche Schuldenberge zu hinterlassen, wie wir sie aufgebaut haben. Ich habe deshalb großes Verständnis für den Unmut gerade jüngerer Politiker und Verantwortlicher. Die zweite, riesige Herausforderung kommt jetzt hinzu: Eine ernsthafte Sparpolitik ist unerlässlich aus Gründen der Stabilität unserer Währung. Ein weicher Euro würde vor allem die Lebensleistung der fleißigen Sparer, der Rentnerinnen und Rentner in unserem Land schwer treffen.

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches sagen, das ist auch die Verknüpfung mit dem Thema Bürokratieabbau: Bürger und Betriebe dürfen nicht den Eindruck haben: Ich werde von Brüssel gängelt, für alles und jedes wird von mir ein Nachweis und eine Statistik gefordert. Und wenn ich irgendeine dieser tausend Pflichten nicht erfülle, geht es mir womöglich gleich an den Geldbeutel. Auf der anderen Seite wird beim Euro-Stabilitätspakt großzügig wegesehen, wenn massive Verstöße mit schlimmsten Folgen vorliegen. Das muss umgedreht werden: Europa muss den Bürgern und den Betrieben mehr Freiheit in den Dingen des täglichen Lebens lassen. Und gleichzeitig muss mit höchster Genauigkeit

und mit knallharten Sanktionen gegen Euro-Sünder eingeschritten werden. Hier müssen die Dinge vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden.

Die Frage überbordender europäischer Bürokratie hat vor allem auch eine politische Dimension. Dies ist für mich ein wesentlicher Grund gewesen, diese ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen. Denn die Klagen über überbordende Bürokratie und Regulierungswut drohen das positive Bild der EU bei den Bürgern zu verdunkeln. Fragt man heute den Mann auf der Straße – sei es in Berlin, London, Paris oder hier in München -, was er in erster Linie mit der EU verbindet, so sind dies nicht die unbestreitbaren Erfolge wie Frieden, Freiheit und Wohlstand, sondern Fehlentwicklungen wie mangelnde Transparenz und übermäßige Bürokratie. Die EU wird als bürokratisches Monster, als Moloch angesehen, mit undurchschaubaren Strukturen und Verfahren.

Laut EUROBAROMETER, einer Umfrage im Auftrag der EU-Kommission, verbinden 38 % der Befragten in Deutschland mit der EU vor allem Bürokratie. Und auch in Österreich, den Benelux-Staaten, Großbritannien und in Skandinavien sind

die entsprechenden Werte vergleichbar hoch. Das heißt: Wer Europa bürgernäher machen will, der muss dem Problem der Bürokratie ernsthaft zu Leibe rücken und dabei spürbare Erfolge erzielen.

Dies ist vor allem auch deshalb so wichtig, weil die Bedeutung Europas für die Rechtsetzung immer größer wird. Als Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau habe ich einmal untersuchen lassen, wie viele Gesetze im materiellen Sinn heute ihren Ursprung in der EU haben. Das Ergebnis hat mich selbst überrascht: von 1998 bis 2004 sind in Deutschland rund 21.000 neue Vorschriften in Kraft getreten. Davon hatten nur 3.000, d. h. rd. 15 Prozent, ihren Ursprung in Berlin, aber 18.000, d. h. 85 Prozent, ihren Ursprung in Brüssel. Gleichwohl findet die politische Diskussion in den Mitgliedstaaten oft erst statt, wenn die Grundsatzentscheidungen in Brüssel schon längst getroffen sind. Und es gibt immer wieder Regelungen, die bei den betroffenen Unternehmen und Bürgern keine Akzeptanz finden und für Unmut sorgen.

Um ein bekanntes Beispiel aus unserer Praxis zu nennen: Die EU verlangt von Handwerksbetrieben bei Fahrten mit LKWs über 3,5 Tonnen, die eine

Entfernung von 50 km überschreiten, den Einbau eines digitalen Tachographen, um die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten kontrollieren zu können. Das kostet einen Betrieb mit der Software rund 4000 Euro. Der Einbau ist selbst dann zwingend, wenn der Handwerker nur wenige Male im Jahr die Grenze von 50 km überschreitet. Bei Verstößen gegen die Tachographenpflicht drohen hohe Bußgelder. Viele Handwerksmeister sind empört und schimpfen dann gemeinsam mit den Lokalpolitikern auf „die Deppen in Brüssel“.

Allerdings ist das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen widersprüchlich: Auf der einen Seite wird zwar die Bürokratie beklagt: Auf der anderen Seite werden neue Regelungen zur Verbesserung des Lebens gerade zu eingefordert. Machen wir uns doch nichts vor: Tausende Parlamentarier und Beamte in ganz Europa sind ständig damit beschäftigt, das Leben der Menschen mit immer neuen Regelungen zu verbessern. Und die Ziele, die wir damit verfolgen, sind ja in aller Regel auch richtig und ehrenwert.

Diese ambivalente Haltung gilt auch für die Unternehmen. Staatssekretär William Sargent, der damalige Leiter der britischen Bürokratieabbau-

Behörde (Better Regulation Executive) hat mir dies bei meinen Gesprächen mit der britischen Regierung in London im Juli 2008 einmal anschaulich erläutert: Bei Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern sei es schwierig, konkrete Vereinfachungsvorschläge zu erhalten. In der ersten Stunde würde allgemein über zu viele Regelungen geklagt. In der zweiten Stunde würde verzweifelt nach konkreten belastenden Vorschriften gesucht. Und in der dritten Stunde würden Wünsche nach mehr Regelungen vorgebracht werden.

Letztlich ist die eigentlich große Frage bei der Bürokratie das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Zwar wird die Bürokratie beklagt, aber die Sicherheit hat hohe Konjunktur: Ich greife hier auf das anschauliche Beispiel zurück „Hosenträger, Gürtel und Sicherheitsnadeln“. Meine Überzeugung ist, dass wir das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit zumindest etwas besser austarieren müssen. Dafür brauchen wir ein neues Denken in Europa, dafür brauchen wir auch ein Stück Mut zur Lücke.

Dies möchte ich gerade auch in den Parlamenten betonen. Denn meine Erfahrung ist, dass sehr häufig die Fachpolitiker, also Experten für einen

ganz bestimmten Politikbereich – in bester Absicht – immer neue Regelungen erarbeiten. Aber die Nebenwirkungen spielen bei einer solchen fachzielorientierten Politik oft keine wesentliche Rolle. Und wenn in der allgemeinen Debatte das Kostenargument angewandt wird, dann hat der Fachpolitiker oft das vermeintlich bessere Argument für sich. Dann geht es oft sehr schnell um Leben oder Tod! Das ist die tiefe Ursache des bekannten Phänomens, dass in Sonntagsreden im Grunde alle für weniger Bürokratie eintreten. Ab Montag dann, also bei der Umsetzung, gibt es aber immer viele, viele Gründe, weshalb bestimmte Vorschriften fachlich unbedingt notwendig sind. Deshalb ist der Bürokratieabbau ein „Bohren dicker Bretter“. Ich habe das zum Anlass genommen, im Europäischen Parlament die Einrichtung eines eigenen Ausschusses für Bürokratieabbau vorzuschlagen, um die Konzentration neben vielen wichtigen Fachinteressen auch ganz speziell auf die Perspektive des Bürokratieabbaus zu lenken und die europäischen Entscheidungsverfahren zu beschleunigen. Leider dauern diese auch beim Bürokratieabbau immer noch viel zu lange.

Ein aktuelles Beispiel ist die Diskussion um Duschköpfe. Nach dem Glühbirnen-Verbot will die

EU jetzt auch Duschköpfe aus dem Verkehr ziehen. Eine neue EU-Richtlinie besagt, dass künftig auch für Produkte, die den Energieverbrauch beeinflussen, strenge Standards gelten sollen. Damit droht Duschköpfen mit hohem Wasserbrauch oder schlecht isolierten Fenstern das Aus. Die Hersteller müssen detailliert dokumentieren, wie viel Energie Herstellung, Verpackung, Installation, Nutzung und Entsorgung des Produkts verbrauchen. Bei Verstößen sollen „abschreckende“ Strafen drohen. Auch wenn Energiesparen ein guter Zweck ist, müssen solche Entscheidungen, die ja in den Lebensalltag eingreifen, intensiver als bisher mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas diskutiert werden und die Vorgaben für Unternehmen möglichst wenig belastend sein.

Dieses Beispiel zeigt, dass wir versuchen müssen, legitime Sicherheitsinteressen mit für Unternehmen praktikablen und möglichst wenig belastenden Methoden umzusetzen und hier einen vernünftigen Interessenausgleich zu finden. Das bedeutet in der Praxis: Bürokratieabbau ist das Bohren dicker Bretter.

Auf der anderen Seite erwarten die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse beim Bürokratieabbau. Geschieht hier nichts oder nicht viel, wird sich die Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber Europa noch verstärken. Diese Einstellung untergräbt auf Dauer das Fundament der europäischen Einigung. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Bürokratieabbau dazu beiträgt, die notwendige Akzeptanz der EU in der Bevölkerung wieder zu verbessern. Das ist auch das richtige Signal an die Bürgerinnen und Bürger „Wir haben verstanden!“

- Anrede -

Neben dieser politischen Dimension hat der Bürokratieabbau natürlich auch eine gewichtige wirtschaftliche Dimension.

Die EU hat bereits 2007 ein Aktionsprogramm zum Bürokratieabbau als einen Beitrag für ein wirtschaftlich stärkeres Europa beschlossen. Dabei soll nicht das Ziel der Regelung in Frage gestellt werden, sondern unnötiger Verwaltungsaufwand für Unternehmen abgebaut werden. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wollen so bis 2012 eine Senkung der Bürokratiekosten um 25

Prozent erreichen. Dies würde nach seriösen Berechnungen einen Wachstumsschub in Europa von 1,5 Prozent geben. Das wirtschaftliche Potential eines Bürokratieabbaus von 25 Prozent wird mit 150 Milliarden Euro berechnet (Einsparungen auf europäischer und nationaler Ebene sowie Rentabilitätsgewinne).

In den 13 wichtigsten Rechtsgebieten (u. a. Landwirtschaft, Bilanzwesen und Unternehmensrecht, Regionalpolitik, Umwelt, Finanzdienstleistungen, Öffentliches Auftragswesen, Statistik, Umsatzsteuerrecht und Verkehr) hat die Kommission die durch europäische Informationspflichten verursachten Bürokratiekosten mit dem Standardkostenmodell messen lassen. Die Messung der Bürokratiekosten zeigt, wie teuer einzelne Vorschriften für Unternehmen sind. Damit bekommen diese sozusagen ein Preisschild.

Die Messungen zeigen auch, dass KMUs von Bürokratiekosten besonders stark betroffen sind. Während bei Großunternehmen nur rd. 2 Prozent des Umsatzes für Bürokratiekosten aufgewendet werden müssen, sind dies bei KMUs bis zu 10 Prozent des Umsatzes. Dies unterstreicht, wie

wichtig der Bürokratieabbau gerade für den Mittelstand ist.

Ich habe mit zahlreichen Unternehmen und Verbänden in Bayern, Deutschland und Europa vor Ort gesprochen, um mir ein unmittelbares Bild von den bürokratischen Belastungen für die Unternehmen zu machen und Lösungsansätze aufzugreifen.

Beispiel „Schnupftabak“: Bisher war bei einer Veränderung der Inhaltsstoffe eine Meldung bei den Gesundheitsbehörden in 27 Mitgliedstaaten und der EU-Gesundheitsbehörde erforderlich. Dies hat immer wieder zu erheblichen Verzögerungen und Kosten geführt. Jetzt wird das Meldeformular vereinheitlicht und eine elektronische Meldung ermöglicht.

Bei dem von der HLG gemeinsam mit der Kommission durchgeführten europaweiten Wettbewerb zum Bürokratieabbau haben wir Hunderte von Vorschlägen erhalten. Mit dem ersten Preis wurde der Vorschlag des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) ausgezeichnet, die bereits bestehende Ausnahme von der Tachographenpflicht für Fahrten mit Fahrzeugen über 3,5

Tonnen von derzeit 50 km auf 150 km auszu-
dehnen. Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir
Entlastungen der Unternehmen, wie sie dieser
Vorschlag für 80 Prozent der Handwerksbetriebe
bringen würde. Der ZDH schätzt das Entlastungs-
potential allein für Deutschland auf 60 bis 90 Mio.
Euro ein. Für Bayern würde das rund 10 bis 15
Mio. Euro bedeuten. Die Kommission hat bereits
auf unser Drängen hin angekündigt, eine Aus-
weitung der Ausnahmeregelung auf 100 km vorzu-
schlagen. Das reicht mir aber noch nicht! Ich setze
mich persönlich bei dem zuständigen EU-
Verkehrskommissar für eine vollständige Über-
nahme unseres Vorschlags ein.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal
nachdrücklich betonen: Kommissionspräsident
Barroso nimmt die ökonomischen und politischen
Chancen des Bürokratieabbaus sehr ernst und
macht sie zu einer Priorität seiner zweiten Amts-
zeit. Und ich kann nach gut zwei Jahren ehrenamt-
licher Arbeit und nach zahlreichen Gesprächen mit
Kommissaren, Generaldirektoren in Brüssel fest-
stellen: Es gibt bereits ein neues Denken, einen
Mentalitätswandel. Kommissare, Kommissarinnen
und Administration sehen nicht mehr wie in der
Vergangenheit allein das ehrenwerte politische Ziel

eines neuen Vorhabens, sondern auch die möglichen negativen Nebenwirkungen. Dieses neue Denken muss auch der Maßstab für die Zukunft sein für ein bürgernahes Europa mit hoher Akzeptanz.

Dies gilt auch für die Regierungen der 27 Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat neben dem Europäischen Parlament allen wesentlichen europäischen Rechtsvorschlägen, insbesondere auch Maßnahmen zum Bürokratieabbau, zustimmen müssen. Ich habe mit zahlreichen Regierungen gesprochen und nachdrücklich um Unterstützung für den Bürokratieabbau geworben. Auch die Regierungen sind aufgerufen, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Denn auch im Rat gibt es immer wieder aus der engen fachlichen Sicht Widerstand gegen Maßnahmen zum Bürokratieabbau.

- Anrede -

Unsere Zwischenbilanz ist insgesamt sehr positiv. Meine Gruppe hat mehr anstoßen können, als ich zunächst selbst erwartet habe. Wir haben in einhalb Jahren die 13 wichtigsten Rechtsgebiete intensiv auf Bürokratiekosten durchforstet. Bereits

im Herbst 2009 konnte ich Kommissionspräsident Barroso über 260 ganz konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau übergeben. Das vorgelegte Einsparvolumen beträgt rund 41 Milliarden Euro. Das ist ein kostenloses Konjunkturprogramm, denn eine Gegenfinanzierung ist im Gegensatz zu Ausgabeprogrammen oder Steuersenkungen nicht erforderlich.

Die zwei wichtigsten Vorschläge, die die Kommission Anfang 2009 bereits übernommen hat, möchte ich näher erläutern:

- Sehr weit sind wir mit der Neuregelung für Mehrwertsteuerabrechnungen für die Finanzämter. Bisher müssen sie von Firmen, die Steuern zurückerhalten wollen, als Papier vorgelegt werden. Künftig soll das elektronisch gehen. Die Finanzminister der Mitgliedstaaten haben sich schon grundsätzlich geeinigt, so dass es bei der Entscheidung im Rat keine Schwierigkeiten mehr geben dürfte. Die Neuregelung könnte noch in diesem Jahr in Kraft treten und muss dann in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Bei 40 Milliarden Rechnungen, die pro Jahr europaweit verschickt

werden, würde das allein 18 Milliarden Euro jährlich sparen.

- Wir wollen kleine Unternehmen und Handwerker entlasten. Firmen mit weniger als zehn Beschäftigten und unter einer Million Euro Umsatz sollen von der Handelsbilanz nach den EU-Grundsätzen und der Rechnungslegung befreit werden. Das Einsparpotenzial hier liegt europaweit bei 6,3 Milliarden Euro im Jahr bzw. bei 1200 Euro pro Betrieb. Auch diese Vereinfachung könnte noch 2010 ermöglicht werden. Das Europäische Parlament hat diesem Vorschlag am 10. März 2010 nach intensiven Diskussionen mit großer Mehrheit zugestimmt. Ich erwarte, dass nun auch der Rat diesem wichtigen Vorschlag endlich zustimmt.

Die Abschaffung der EU-Handelsbilanz für kleine Betriebe und die Anerkennung elektronischer Rechnungen durch das Finanzamt bei der Erhebung der Umsatzsteuer können die bayerischen Betriebe um 800 Millionen Euro entlasten, die gesamte deutsche Wirtschaft um 4,8 Milliarden Euro. Insgesamt haben alle Vorschläge ein Entlastungspotenzial von über 8 Mrd. Euro für

Deutschland und von über 1,3 Mrd. Euro für Bayern.

Nach den vielen Sonntagsreden zum Bürokratieabbau muss jetzt das Gaspedal durchgedrückt werden, die Grundlagen dafür liegen auf dem Tisch. Die EU-Kommission geht hier in Vorlage. Präsident Barroso hat einen Mentalitätswandel eingeleitet, auch wenn wir nach wie vor vielen Widerständen begegnen. Schritt für Schritt setzt sich aber in Brüssel eine neue Denkkultur durch, die überflüssige Bürokratie ernsthaft vermeiden will. Entscheidend ist es jetzt, dass die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die Regierungen der Mitgliedstaaten im Ministerrat nicht auf die Bremse steigen.

Präsident Barroso und ich haben am 15. April 2010 in einem intensiven Gespräch die Perspektiven des Bürokratieabbaus auf EU-Ebene erörtert und dabei ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt. Wir sind uns einig, dass der eingeschlagene Weg zu einem unbürokratischeren und bürgernahen Europas konsequent weiter beschritten werden muss. Deshalb habe ich die Bitte des Präsidenten angenommen und werde meine

ehrenamtliche Arbeit in Brüssel bis Ende 2012 verlängern.

Ein ganz wichtiger Schritt ist, dass der Präsident meinem Vorschlag folgt und die Aufgabe des Bürokratieabbaus jetzt als zentrale Querschnittsaufgabe bei ihm selbst im Generalsekretariat ansiedelt. Das ist ein politisches Bekenntnis, das absoluten Rückenwind gibt.

Präsident Barroso will die ehrenamtliche Aufgabe erheblich ausbauen. Die Überprüfung des EU-Rechtsbestands auf überflüssige Bürokratiekosten für Unternehmen soll weiter ausgedehnt werden. Die Gruppe soll künftig auch bei allen Vereinfachungsvorschlägen der EU-Kommission mit einbezogen werden und ihre Expertise einbringen.

Zusätzlich soll die Expertengruppe künftig folgende Aufgaben übernehmen:

- Auf Bitte des Präsidenten werde ich noch häufiger in das Europäische Parlament und in den Rat gehen und mich dort für die Zustimmung zu unseren Vorschlägen einsetzen. Morgen werde ich im federführenden Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments und

am 31.8.2010 im Vorstand der sozialistischen Fraktion über unsere Arbeit berichten, wie ich dies bereits bei der EVP und der liberalen Fraktion im EP gemacht habe. Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Martin Schulz, der unserer Arbeit zunächst sehr kritisch gegenüberstand, hat mir in einem ausführlichen Gespräch am 15. April 2010 seine Unterstützung für den Bürokratieabbau in Europa zugesagt. Ich werde auch wieder in den Wettbewerbsfähigkeitsrat gehen, um mit den Wirtschaftsministern der 27 Mitgliedstaaten die Fortschritte und weiteren Herausforderungen beim Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene zu erörtern.

- Die Kommission wünscht, dass die Gruppe die Umsetzung europäischen Rechts in den Mitgliedstaaten unter die Lupe nimmt. Welches Land setzt EU-Richtlinien möglichst unbürokratisch um? Ein entsprechender „Umsetzungsbericht“ mit Best Practices soll im November 2011 vorgelegt werden. Dies ist wahrlich ein weites Feld, das von uns als ehrenamtlich tätiger Gruppe mit bescheidenen Ressourcen beackert werden soll. Ob wir das wirklich alles leisten können, weiß ich noch nicht. Hier wird sich der

Fokus beim EU-Bürokratieabbau verstärkt auf die Umsetzung europäischer Vorgaben in den Mitgliedstaaten richten.

- Bei neuen Rechtsvorhaben der EU-Kommission soll das Fachwissen der Expertengruppe ebenfalls genutzt werden. Dazu wird in unser neues Mandat die Zusammenarbeit mit dem Impact Assessment Board, dem internen Folgenabschätzungsausschuss der Kommission, aufgenommen. Dies ist vor allem deshalb so wichtig, weil die Bedeutung Europas für die Rechtsetzung immer größer wird und die Änderung von einmal beschlossenen Rechtsvorschriften außerordentlich mühsam und langwierig ist.

Sie sehen, dass die Kommission große Erwartungen in die Arbeit der High Level Group setzt. Wir werden uns als ehrenamtlich tätige Gruppe bemühen, diesen Erwartungen trotz unserer beschränkten Möglichkeiten gerecht zu werden. Natürlich haben wir eine rein beratende Funktion. Wir selber haben es nicht in der Hand, unsere Vorschläge auch umzusetzen. Aber die Öffentlichkeit erwartet von Kommission, Europäischem Parla-

ment und Ministerrat zu Recht, dass Ernst mit dem Bürokratieabbau gemacht wird.

Im Kern ist die große Frage bei der Bürokratie das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Wie viel Freiheit wollen wir eigentlich? Wie viel Sicherheit erwarten wir uns vom Staat, die dieser dann letztlich durch Regelungen, also Bürokratie, gewährleisten muss? Dieses Spannungsfeld müssen wir neu austarieren. Meine Haltung dazu ist: Weniger Gängelung in den Fragen des täglichen Lebens – von der Krümmung der Gurke bis zum Salz auf der Breze. Und mehr Leitplanken in den wirklich großen Fragen – vom Klimaschutz bis zu den Finanzströmen. Wenn wir das schaffen, werden wir unter dem Strich weniger Bürokratie und mehr Akzeptanz für die europäische Idee bekommen.